

GWPF-Rundbriefe vom 12. und 14. April 2017

geschrieben von Chris Frey | 16. April 2017

Pariser Klimaabkommen ist eine Totgeburt, verschwindet doch der 100-Milliarden-Dollar-Klimafonds

Schockierende Nachrichten: Der magische 100-Milliarden-Dollar-Klimafonds scheint nicht Gestalt anzunehmen! Geldgeber der Ersten Welt waren sehr fleißig dabei, andere Auslandshilfen umzuetikettieren als Beitrag zu Klima-Kaffeekasse. Für Entwicklungsländer ist das Betrug – sie erwarten 100 Milliarden Dollar an frischem Geld. Oder, um es genauer auszudrücken, sie sind nicht annähernd so dumm und naiv, die Lügen zu glauben, die westliche Diplomaten von sich geben, um naive Grünwähler zu Hause zu verwirren, dass sie „etwas gegen den Klimawandel täten“. Sie erwarten also das ganze Geld nicht wirklich, aber sie hoffen, mittels dieser Verpflichtungen dem Westen irgendetwas abzuringen. Dies, sagt einer, ist das Kartenhaus, von dem die vorige US-Regierung behauptete, es sei ein großer Teil ihres Erbes. – The American Interest, 11. April 2017

Entwicklungsländer drängen die Trump-Regierung, zu Obamas 100-Milliarden-Dollar-Versprechen für den Klimafonds zu stehen

China, Brasilien, Indien und Südafrika haben industrialisierte Länder gedrängt, zu finanziellen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zu stehen, um den Entwicklungsländern bzgl. des globalen Klimawandels beizustehen. Nach einem Treffen in Peking forderten die Klimawandel-Minister des „BASIC“-Blocks der vier Haupt-Entwicklungs-Ökonomien reiche Länder auf, „zu ihren Versprechen zu stehen und ihre Bemühungen in Richtung des 100-Milliarden-Dollar-Ziels zu verstärken“. Sie verlangten nach mehr Klarheit, jene Versprechungen „nachzuverfolgen und zu erklären“. – Reuters, 11. April 2017

Kein Konsens: G7-Energieminister erreichen keine Übereinstimmung bzgl. Klimawandel

G7-Energieminister konnten sich nicht auf ein Statement zum Klimawandel einigen, und zwar wegen plötzlich aufgekommener „Einwände seitens der USA“. Oberste Funktionäre der Gruppe der Sieben Industrienationen hatten sich in Rom getroffen, überschattet von zunehmenden Bedenken hinsichtlich der Aktionen der US-Regierung, die Politik zum Aufhalten der globalen Erwärmung zurückzufahren. Allerdings distanzieren sich die USA von ihrer Haltung bzgl. Verpflichtungen der G7 im Paris-Abkommen, sagte Carlo Calenda, Wirtschaftsminister in Italien und Vorsitzender des Treffens in Rom. Angesichts der fehlenden Einstimmigkeit entschied sich

Italien, derzeit Vorsitzender der G7, das gemeinsame Statement nicht einzubringen. – Daily Mail, 10. April 2017

Neuer Kohle-Boom in China: Chinas Kohle-Konversions-Kraftwerke erwachen wieder zum Leben

Kohle-Konversionsprojekte, die sehr viel Wasser verbrauchen, erwachen im ariden westlichen China zum Leben und bereiten die Bühne für die Entwicklung in großem Stil von etwas, das zuvor eine Nischen-Industrie war. Ein dreijähriges Sinken der Kohlepreise hat Projekte ins Leben zurückgerufen, bei denen Kohle zu Motoren-Treibstoff, Petrochemikalien oder Gas umgewandelt wird. Die erfolgreiche Entwicklung in China öffnet dem Export kohleintensiver Industrien Tür und Tor und unterminiert damit internationale Bemühungen, die Emissionen von Kohlenstoff und anderen Treibhausgasen zu limitieren. – Lucy Hornby, Financial Times, 12. April 2017 (paywalled!)

Britische Anti-Fracking-Campaigners verlieren Schlacht vor Gericht

Es sieht so aus, als könne man in Lancashire mit dem Fracking fortfahren, nachdem die Klage von Campaignern vor Gericht abgewiesen worden war. Die Gegner drängten das Gericht, eine Entscheidung der Regierung zur Genehmigung von Planungen bei der Ortschaft Fylde als unfair oder ungesetzlich einzustufen. Aber nach einer öffentlichen Anhörung befürwortete der Planungskontrolleur das Programm. Umweltaktivisten und lokale Campaigner-Gruppen reagierten wütend auf die Entscheidung, von der sie sagten, dass sie nicht dem Willen der Anwohner entsprach. – ITV News, 12. April 2017



Hintergrundstudie: das Paris-Abkommen – ein Blankoscheck für CO2-Emissionen durch China und Indien

Das Pariser Klima-Abkommen, weit davon entfernt, globale CO2-Emissionen zu reduzieren, ist im Wesentlichen ein Blankoscheck, der es China und Indien erlaubt, ihre Emissionen zu steigern, wenn sie dies für ihr ökonomisches Wachstum für notwendig erachten. Dies ist die Schlussfolgerung einer Studie von Prof. David Campbell (Lancaster University Law School), welche von der GWPF veröffentlicht worden ist. Tatsächlich enthält das Paris-Abkommen eine grundsätzliche Erklärung des Inhalts, dass Länder wie China und Indien nicht verpflichtet werden, überhaupt irgendwelche Reduktionen vorzunehmen. – Global Warming Policy Foundation, Mai 2016

,Katastrophaler Kollaps‘ von Solarenergie nach Kürzung von Subventionen der UK-Regierung

Die Anzahl der in UK installierten Solarpaneele ist um über 80%

zurückgegangen. Dies geht aus einer Analyse neuer Zahlen hervor und ist das jüngste Anzeichen dafür, dass die Industrie durch die Politik der Regierung abgewürgt wird, obwohl sie eine der billigsten (sic) Stromquellen ist. Die Solar Trade Association (STA), welche die Zahlen auf der Grundlage jüngst von der Regierung veröffentlichten Statistiken zusammengestellt hatte, konstatierte während der ersten drei Monate dieses Jahres einen katastrophalen Einbruch bei der Anzahl neu installierter Solarpaneelle. Dazu war es nach der Streichung nahezu aller Subventionen gekommen, einem atemberaubenden business rate hike [?] bis zu 800 Prozent und der Belastung mit Schulden. – Ian Johnston, The Independent, 14. April 2017

Grüne Verrücktheit: Irland ist „verdammt“ zu Strafzahlungen von Hunderten Millionen wegen CO2

Irland wird vermutlich nicht vermeiden können, Multimillionen Euro zahlen zu müssen, weil das Land seine Emissionsziele nicht erreicht. Diese Warnung kommt von der Environmental Protection Agency EPA. Das Land ist dazu „verdammt“, vor Sanktionen in Höhe hunderter Millionen Euro zu stehen. Emissionen aus der Landwirtschaft und dem Transportsektor steigen rapide, sagte der Wachhund kürzlich. Laut Vorhersagen dürfte das Land Treibhausgase bis zum Jahr 2020 nur um etwa 4 bis 6 Prozent reduzieren, verglichen mit dem Jahr 2005 – obwohl es sich rechtlich verpflichtet hat zu einer Reduktion um 20 Prozent. Umweltaktivisten und Oppositionsparteien kritisierten die Regierung scharf wegen Untätigkeit. – Catherine Sanz, The Times, 14. April 2017